BESCHLUSS DES GEWERKSCHAFTSTAGS DER GEW HAMBURG AM 20.9.21

Weltkindertag

Solidarität und Unterstützung für die afghanischen Familien, besonders für die Kinder und Jugendlichen!

Die Taliban haben im August die Macht in Afghanistan übernommen und bedrohen in eklatanter Weise grundlegende Menschenrechte wie das Recht auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe, besonders für Mädchen und Frauen, das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit und das Recht auf Selbstbestimmung und Demokratie.

Viele Menschen, die andere Vorstellungen als die Taliban haben und öffentlich vertreten, werden bedroht, eingeschüchtert und verfolgt.

In Hamburg lebt die größte afghanische Community Europas. Sie – und besonders darin auch die Kinder, die gleichzeitig Schülerinnen und Schüler in Hamburger Schulen sind – sind durch die Ereignisse in und um Afghanistan besonders belastet, z.T. auch traumatisiert. Angst und Unsicherheit beeinträchtigen Leben und Lernen der Kinder und Jugendlichen, auch wenn ein Teil von ihnen hier in Deutschland ein relativ gesichertes Leben haben. Aber viele Familien haben Angehörige in Afghanistan, die in Nachbarländer geflohen sind oder in den Elendslagern an den EU-Außengrenzen festsitzen und die auf Hilfe aus dem Ausland hoffen.

Auch haben viele Familien keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, sondern nur eine Duldung. Sie leben in ständiger Angst vor der Abschiebung, die angesichts der Taliban-Herrschaft eine noch schrecklichere Bedrohung bedeutet und eine ständige Sorge um die Zukunft. Von den noch knapp 50.000 Asylverfahren in Deutschland sind besonders viele Afghan_innen betroffen. Teilweise warten die Menschen mehr als ein Jahr auf ihre Anhörung.

Den afghanischen Familien und ihren Kindern gilt daher unsere besondere Solidarität.

Die Delegierten des Gewerkschaftstags fordern den Hamburger Senat auf, sich für folgende Forderungen einzusetzen:

1. Für einen sofortigen unbefristeten, formellen und bundesweiten Abschiebestopp nach Afghanistan. Die Innenministerkonferenz muss im Dezember beschließen, dass Abschiebungen nach Afghanistan auch langfristig ausgeschlossen sind.

2. Allen afghanischen Schutzsuchenden muss ein sicherer Aufenthaltsstatus erteilt werden. Es braucht jetzt gerechte Bleibeperspektiven für alle jungen Menschen und behördliche Hürden hierfür müssen abgebaut werden.

3. Eine schnelle und unbürokratische Familienzusammenführung muss ermöglicht werden, sowohl für die unbegleiteten afghanischen jungen Geflüchteten als auch humanitäre Aufnahme von Angehörigen von in Deutschland lebenden afghanischen Familien.

4. Es muss sichergestellt werden, dass kurzfristig zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen für psychosoziale Betreuung, Beratung und Unterricht bereit gestellt werden.

5. Hamburg legt ein humanitäres Landesaufnahmeprogramm auf, das schnell und unbürokratisch afghanische Geflüchtete aus den umliegenden Ländern in Deutschland aufnimmt

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Manni Heede, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Jason Tsiakas

Endredaktion: Susanne Berg

Titel: tim-mossholder

Rückseite: GEW

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Gestaltung: albersdesign, ca@albers.design

Druck: drucktechnik-altona

Anzeigen: albersdesign, ca@albers.design,

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint sieben Mal im Jahr. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der Autor_innen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 1-2/2022: 26.1.2022